

„Im Wahljahr gibt es keinen Konsens!“

Als jemand, der im November vergangenen Jahres als Sachverständiger in die Bundestags-Enquete-Kommission „Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung“ berufen wurde und somit die entscheidende Schlussphase mitmachen durfte, bin ich nach Abgabe des Endberichts Anfang Juli desillusioniert: Denn ich wurde Zeuge, wie ein einstmals hochangesehenes parlamentarisches Gremium missbraucht wurde.

Der besondere Wert von Enquete-Kommissionen lag in der Vergangenheit stets darin, in einer Verknüpfung von parlamentarischer, wissenschaftlicher und praktischer Erfahrung neue Denkpfade zu beschreiten, um drängenden Fragestellungen unserer Zeit interdisziplinär begegnen zu können. Jenseits ideologischer Grabenkämpfe sollte der Versuch unternommen werden, Konsensansätze herauszuarbeiten und politische Verzweigungssituationen wissenschaftlich zu präzisieren und zu Ende zu denken. So geschehen beispielsweise bei der Kernenergie-Enquete Anfang der Achtzigerjahre oder der ersten Klima-Enquete knapp zehn Jahre später.

Eine solche Diskussions- und Streitkultur lebt vom Willen zum redlichen Diskurs, von der Relativierung ideologischer Überzeugungen und von der Kraft sachlicher Argumente. Gerade die Motivation der Sachverständigen, sich für eine solche extrem zeitintensive Kommission neben ihrer eigentlichen beruflichen Tätigkeit zur Verfügung zu stellen, speist sich aus der Erwartung eines fruchtbaren wissenschaftlichen und politischen Diskussionsprozesses und der Hoffnung, Anregungen für die konkrete politische Umsetzung geben zu können.

Doch die CDU/CSU- und FDP-Parlamentarier in der Kommission – unter ihnen auch der Vorsitzende, der CDU-Parlamentarier Kurt-Dieter Grill – ließen spätestens Anfang dieses Jahres durchblicken, dass es in einem Wahljahr keinen Konsens geben dürfe, „schon gar nicht in der Energiepolitik!“

Leider unterwarfen sich die von ihnen benannten, vorher zum

Teil sehr aufgeschlossenen Sachverständigen seither freiwillig oder unfreiwillig einem Denk- und Schreibverbot und produzierten bis kurz vor Abgabe des Berichtes keine einzige Zeile eigenen Textes, um dann in letzter Minute mit einem 250-seitigen geschlossenen Minderheitsvotum aufzuwarten, dessen Verfasser bislang im Dunkeln geblieben sind.



Uwe Leprich, stellvertretender wissenschaftlicher Leiter des Instituts für ZukunftsEnergieSysteme (IZES) aus Saarbrücken

Allerdings hatten auch die rot-grünen Sachverständigen auf Grund des erheblichen Zeitdruckes – der Bericht sollte aus politischen Gründen dem Parlament unbedingt vor der Sommerpause übergeben werden – kaum Gelegenheit, ihre Texte in befriedigender Tiefe zu diskutieren und auszufeilen, so dass bei künftigen Kommissionen jedenfalls über ein angemesseneres Procedere nachgedacht werden muss.

Was bleibt demnach von dieser Energie-Enquete des 14. Deutschen Bundestages? Ein 1.100 Seiten starker Mehrheitsbericht als rot-grüner Steinbruch visionärer und konkreter energiepolitischer Vorstellungen (im Internet demnächst unter www.bundestag.de/energie), ein tiefgehender Dissens zwischen Regierungsparteien und Opposition über die Inhalte und die Wege zu einer nachhaltigen Energiewirtschaft sowie ein fader Beigeschmack, den Auftrag des Parlaments auf dem Altar des Wahlkampfes geopfert zu haben.

Uwe Leprich